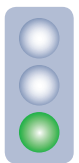


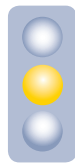
Doppelhaushalt 2012/13 beschlossen



Das Berliner Abgeordnetenhaus hat am 14. Juni 2012 den Doppelhaushalt 2012/13 für das Land Berlin beschlossen. Der Haushalt hat ein jährliches Volumen von rund 23 Milliarden Euro. Die SPD-Fraktion hat darauf geachtet, dass die Vorgaben für die Haushaltssanierung und für die Schuldenbremse eingehalten werden. So beträgt die Nettoneuverschuldung in diesem Jahr 915 Millionen Euro, im kommenden Jahr werden es nur noch 485 Millionen sein. Berlin steht weiter vor großen Herausforderungen wie zum Beispiel durch den schrittweisen Abbau der Mittel aus dem Solidarpaket II. Das Ziel bleibt, bereits ab dem Jahr 2016 ohne neue Schulden auszukommen. Trotz der engen finanziellen Spielräume hat die Koalition sehr gute Ergebnisse erzielt. Der Haushalt spiegelt die Schwerpunkte Bildung, Arbeitsplätze, Infrastruktur und Bürgernähe wider. So erhalten zum Beispiel die Bezirke jährlich 50 Millionen Euro für Sachausgaben, das Schul- und Sportstätten-sanierungsprogramm wurde verdoppelt, die Bädersanierung wird fortgesetzt und die Hort- und Ferienbetreuung ausgeweitet.

Ansprechpartner: Torsten Schneider

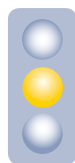
Neue Liegenschaftspolitik auf dem Weg



Die neue Liegenschaftspolitik des Landes Berlin soll künftig nicht mehr allein fiskalischen Zielen dienen. Berücksichtigt werden sollen stärker soziale, kulturelle, stadträumliche, ökologische, wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Aspekte. Auch bisher wurden Grundstücke des Landes im begründeten Einzelfall nicht nach dem Marktpreis oder im bedingungslosen Bieterverfahren verkauft. Genutzt wurden dann beispielsweise Direktvergaben oder konzeptbezogene Ausschreibungen mit Mindestkaufpreis. Nun möchte man diese Fälle aus einem nachvollziehbaren Kriterienkatalog ableiten. Das bringt mehr Transparenz und Verständlichkeit beim Umgang mit landeseigenen Grundstücken. Wo Grundstücke zu einem vergünstigten Preis vergeben werden, soll dies nach dem vorliegenden Senatskonzept jeweils auch im Haushalt abgebildet werden. Zudem sollen künftig fachpolitische Nutzungsbedingungen festgelegt werden können. Auch soll bei stadtstrategischen Lagen statt des Verkaufs eher das Erbbaurecht angewendet werden. Für Grundstücke, auf denen man Wohnungen bauen kann, soll ein Gebotsverfahren auf Wohnungsbaugesellschaften oder Wohnungsbaugenossenschaften begrenzt werden können. Grundstücke des Landes sollen nicht verkauft werden, soweit sie in der Zukunft gebraucht werden oder im Wert noch steigen. Diese Vorgaben befinden sich derzeit im Umsetzungsverfahren des Senats.

Ansprechpartnerin: Ellen Hausdörfer

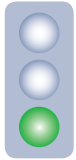
Flughafen BER – Eröffnung verschoben



Am 8. Mai 2012 hat die Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg die Eröffnung des Flughafens BER verschoben. Grund sind Probleme mit dem Brandschutz, die nicht termingerecht gelöst werden konnten. Der Flughafen soll nun am 17. März 2013 in Betrieb genommen werden. Als erste Konsequenzen wurden durch den Aufsichtsrat Technikchef Manfred Körtgen und die Planungsgemeinschaft pg bbi von ihren Aufgaben entbunden. Zugleich wurde schnell klar gestellt, dass der normale Reiseverkehr und auch der Urlaubsverkehr bis zur Eröffnung des BER durch die nun länger in Betrieb bleibenden Flughäfen Tegel und Schönefeld abgedeckt werden. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit und der Brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck haben bereits mit Regierungserklärungen vor den Parlamenten Stellung genommen. Offen ist bislang, welche finanziellen Folgen auf die Teilhaber der Flughafengesellschaft zukommen. Der neue Flughafen soll bis zu 40.000 neue Arbeitsplätze für die Region bringen und wird als Drehkreuz bis zu 27 Millionen Passagiere befördern. Er ist nach dem früheren Berliner Regierenden Bürgermeister und Bundeskanzler Willy Brandt benannt. Teilhaber der Flughafengesellschaft sind die Bundesländer Berlin und Brandenburg mit je 37 Prozent und der Bund mit 26 Prozent.

Ansprechpartner: Ole Kreins

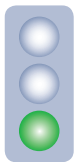
Gerechte Löhne im neuen Vergabegesetz festgeschrieben



Das Berliner Abgeordnetenhaus hat mit den Stimmen der Koalition das neue Ausschreibungs- und Vergabegesetz beschlossen. Das Gesetz findet auf alle Vergabevorgänge der Landeseinrichtungen ab einem geschätzten Auftragswert von 10.000 Euro netto, hinsichtlich des Mindestlohnes ab einem geschätzten Auftragswert von 500 Euro netto Anwendung. Mit dem Mindestlohn von 8,50 Euro im Vergabegesetz setzen wir gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit in Ost und West und bei Frauen und Männern durch. Zu weiteren Zugeständnissen war unser Koalitionspartner nicht bereit. Das jetzige Ergebnis stimmt vollständig mit den Festlegungen in den Gremien der Fraktion und dem SPD-Landesvorstand überein und wird vom Senat in allen Punkten mitgetragen. Auch die Gewerkschaften haben sich positiv geäußert. Mit dem neuen Vergabegesetz wird ein weiterer Punkt der Koalitionsvereinbarung umgesetzt.

Ansprechpartner: Frank Jahnke

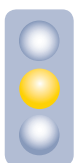
Exzellenzinitiative – SPD-Fraktion gratuliert FU und HU



Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat den Berliner Universitäten zum hervorragenden Abschneiden bei der Exzellenzinitiative gratuliert. Es ist ein riesiger Erfolg, dass sich sowohl die Freie Universität (FU) als auch die Humboldt Universität (HU) im Wettbewerb der Exzellenzinitiative durchsetzen konnten und nun zu den 12 deutschen Exzellenzuniversitäten gehören. Das gute Abschneiden der Berliner Universitäten ist der Lohn für die Arbeit vieler hervorragender Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und unterstreicht eindrucksvoll die Leistungsfähigkeit und Bedeutung der Wissenschaft in Berlin. Die SPD-Fraktion arbeitet weiter dafür, der Wissenschaft in Berlin gute und verlässliche Bedingungen zu schaffen. Berlin hat bei der Exzellenzinitiative insgesamt hervorragend abgeschnitten. Die Stadt ist einer der besten deutschen und europäischen Standorte für Spitzenforschung. Das ist auch ein Ergebnis unserer Politik.

Ansprechpartner: Lars Oberg

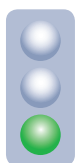
Teilrückkauf der Wasserbetriebe möglich



Finanzsenator Ulrich Nußbaum hat mit RWE ein Ergebnis für einen Rückkauf von 24,95 Prozent der Berliner Wasserbetriebe erzielt. Der Kaufpreis soll bei 618 Mio. Euro liegen, hinzu kämen weitere Zahlungen für entgehende Gewinne aus 2012 und Steuererstattungen. Klar ist auch, dass ein solcher Kaufvertrag offengelegt würde. Somit bietet sich die Chance, künftig wieder drei Viertel der Berliner Wasserbetriebe in der öffentlichen Hand zu halten. Der Einfluss auf eine nachhaltige, ökologische und zukunftssichere Wasserversorgung würde somit steigen und das Land hätte mehr Möglichkeiten, um die Geschäftsstrategie zu steuern. Der Senat erhielte mehr Einblick und mehr Stimmrechte in den Privatteil der Berliner Wasserbetriebe. Mittlerweile hat auch der zweite private Anteilseigner Veolia einen Verkauf angeboten – darüber verhandelt nun Finanzsenator Nußbaum. Nach der Sommerpause wird über den Rückkauf beraten und entschieden.

Ansprechpartner: Jörg Stroedter

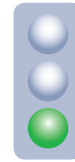
Hortbetreuung wird ausgeweitet



Im kommenden Schuljahr wird es erstmals für Schülerinnen und Schüler, die in die 5. Klasse kommen, eine umfassende Hortbetreuung an der Grundschule geben. Dazu gehört eine Ferienbetreuung für die Kinder, deren Eltern einen besonderen Bedarf geltend machen. Dieser wird nach den gleichen Kriterien ermittelt werden, die bisher für die Betreuung in den Klassen 5 und 6 galten. Damit wird die so genannte Betreuungslücke in der 5. und 6. Klasse geschlossen, die durch den zunehmenden Ganztagsbetrieb in den Sekundarschulen entstanden war. An Schultagen werden ca. 40.000 Schüler und in den Ferien ca. 2.500 Kinder zusätzlich von diesem Angebot profitieren.

Ansprechpartnerin: İlkin Özışık

Kein Schultrojaner-Einsatz

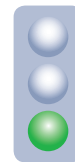


Nach Angaben der Bildungsverwaltung wird es auch in Zukunft keinen Einsatz von Scansoftware auf Schulcomputern zum

Aufspüren von Urheberrechtsverletzungen geben. In den Verhandlungen zwischen den Ländern und den Schulbuchverlagen wurde entschieden, auf die Entwicklung der Software zu verzichten. Ein datenschutzrechtlich zulässiger Einsatz der Software wäre kaum möglich gewesen. Die SPD-Fraktion hat bereits Vorschläge für alternative Wege zur freien Nutzung von Lehrmaterial gemacht.

Ansprechpartner: Sven Kohlmeier

Schauspielschule kann saniert werden



Der Vorsitzende der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhaus, Raed Saleh, und Vertreter der Schauspielschule

Ernst Busch haben vereinbart, dass die Schauspielschule saniert wird. Dafür stehen nach wie vor höchstens 33 Millionen Euro zur Verfügung. Innerhalb dieses festen Kostenrahmens besteht die Möglichkeit, alle Standorte zu sanieren; einen neuen Standort zu schaffen, der alle vier bisherigen integriert; oder aber die Planungen für den Standort Chausseestraße entsprechend anzupassen. Die Schauspielschule hat damit eine echte Perspektive erhalten, die auch den Finanzrahmen des Landes Berlins berücksichtigt.

Ansprechpartner: Torsten Schneider